



Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni

ICH WÄHLE GERECHT.

ICH WÄHLE PROPORIZ.

JA ZU GERECHTEN WAHLEN.

KOMITEE
PROPROPORIZ.CH

Proporz-Frischlufft statt Olympia-Fieber

Von Jon Pult, Chur

Angesichts der Abstimmungen vom 3. März könnte man zum Schluss kommen, dass Graubündens Politik seit Jahrzehnten an Ort tritt. Neue Ideen für eine prosperierende Zukunft hat die bürgerliche Wirtschafts- und Politelite unseres Kantons nicht zu bieten. Dafür ist einmal mehr das olympische Fieber ausgebrochen. Eifrig tingeln die Brands, Schmidts, Hasslers und Englers gemeinsam mit dem Trachsel-Gilli-Gespann und der

Inhalt

Entscheidungen 3.3.13	1
Olympische Winterspiele	3
Proporzinitiative	4
Behördenreferendum	7
Raumplanung	8
Abzockerinitiative	10
Familienpolitik	12
Stromeffizienz	13
JUSO GR	14
Leute: Enea Baselgia	15
Letzte Seite	16



Entscheidungen vom 3. März 2013

«gesamten» Regierung durch unsere 150 Täler, um ihre abstruse Illusion zu verbreiten. An der Kraft der Ringe soll Graubünden (und an unserem Kanton das IOC) genesen!

Aber auch die SP, die Fahnenträgerin des anderen, des fortschrittlichen Graubündens, ist mit einer alten Forderung unterwegs. Der Wechsel vom ungerechten Majorz zu einem fairen Bündner Proporz für die Wahlen in den Grossen Rat. Neu an diesem (siebten!) Anlauf ist nur, dass wir mit den Kleinparteien glp, Verda, EVP und EDU sowie unseren sonstigen Hauptgegnern von der SVP gemeinsame Sache machen.

Angesichts der Wiederholung politischer Kämpfe des vergangenen Jahrhunderts und der gewöhnungsbedürftigen Allianz im Komitee Pro-Proporz könnte man nachvollziehen, wenn progressive Bündnerinnen und Bündner wenig Leidenschaft für den nächsten Abstimmungstermin hätten. Doch wir erleben das Gegenteil. Unsere Basis will gewinnen! Denn wir alle haben verstanden, dass es um sehr viel geht. Es müssen zwei wichtige Pendenzen des 20. Jahrhunderts erledigt werden, um dann gestärkt die politischen Herausforderungen des 21. anpacken zu können.

Voraussetzung für Innovation

Gigantismus zu Lasten der Umwelt, Profite nur für wenige, riesige Kosten und Schulden für alle, Fremdbestimmung durch das IOC. Dazu sagen wir Nein. Denn Olympische Spiele sind definitiv nicht das richtige Mittel

für eine positive Entwicklung Graubündens. Wieder zeigt sich, dass betriebswirtschaftliches Profitdenken und volkswirtschaftliche Gemeinwohlorientierung unterschiedliche Disziplinen sind. Die SP hat in der zweiten eine Führungsrolle, während die bürgerlichen Kapitäne in der ersten verharren. Dies mit einem deutlichen Nein klarzustellen, ist unsere erste Pendezenz.

Die zweite – noch wichtigere – Pendezenz am 3. März ist das langersehnte Ja zu einem gerechten Wahlsystem. Der heutige Bündner Majorz widerspricht klar dem Prinzip der Stimmkraftgleichheit und damit der Rechtsgleichheit. Wir können nicht länger akzeptieren, dass zum Beispiel ein Bürger im Kreis Avers die effache Stimmkraft einer Bürgerin im Kreis Ruis hat.

Zudem ist der Wechsel zum Proporz die Voraussetzung für die dringend benötigte Frischluftzufuhr in Bündens Politik. Denn nur wenn kantonale Wahlen endlich zu einem fairen, demokratischen Wettbewerb der Ideen werden, gewinnt die politische Debatte an Kontur. Und das ist wiederum die Voraussetzung, um die verkrusteten Machtstrukturen wirksam herauszufordern. Darum ist ein Ja zum Proporz auch das Mittel, damit Graubünden in Zukunft nicht neue (Olympia-) Fieberausbrüche erleidet sondern mit Verstand an neuen Ideen für das Gemeinwohl arbeiten kann.



Jon Pult,
Präsident SP GR

NEIN zu St. Moritz 2022

Kant. Abstimmung vom 3. März 2013



Tamara Gianera,
Parteisekretärin SP GR

Generationenprojekt Schuldenberg

Von Tamara Gianera, Chur

Seit Monaten ist Olympia fast täglich ein Thema in den Zeitungen. Und viele haben sich schon eine Meinung dazu gebildet. Aber worüber stimmen wir am 3. März genau ab? Es geht um die Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes. Der Grosse Rat hat beschlossen aus dem Eigenkapital des Kantons zweckgebundene Reserven in der Höhe von 300 Millionen Franken zu bilden. Dies entspricht einem Drittel (!) des gesamten Kantonsvermögens (welches ansonsten wie ein Schatz gehütet wird). Die SP-Fraktion kämpfte chancenlos dagegen an. Sie konnte den Rat jedoch dazu bewegen, diese Teilrevision zur Abstimmung zu bringen. Ohne die SP wären die 300 Millionen Franken am Volk vorbeigeschmuggelt worden. Wir entscheiden somit am 3. März nicht nur grundsätzlich, ob wir Olympische Winterspiele in Graubünden haben wollen oder nicht, sondern auch, ob wir bereit sind einen Drittel unseres Volksvermögens dafür aufs Spiel zu setzen.

Das ist aber nur ein «kleiner» Teil. Allein die Kandidatur kostet 60 Millionen Franken (budgetiert waren 36 Mio). Das operative Budget (Durchführungskosten) beträgt 2.8 Mia Franken. Es wird mit 1.5 Mia an Einnahmen gerechnet. Bleibt eine Deckungslücke von 1.3 Mia. Der Bund würde 1 Mia übernehmen. Dies ist aber noch nicht definitiv, und selbst wenn, bleibt

immer noch ein Defizit von 300 Mio. Woher dieses Geld kommen soll, weiss niemand. Der Kanton sagt, das werde der Bund übernehmen, der Bund sagt, das stünde in der Verantwortung des Kantons. Dann kommen noch die Sicherheitskosten, die auf 250 Mio geschätzt werden und deren Finanzierung nicht geklärt ist. Weiter ist mit Investitionskosten von 1.55 Mia Franken zu rechnen. Insgesamt muss man nach jetziger Schätzung und mit Zahlen, welche die Befürworter benutzen mit Kosten von 4.66 Milliarden Franken rechnen oder 4660 Millionen- oder ausgeschrieben 4 660 000 000 Franken!

Wie vergangene Spiele zeigen, wurden die Budgets jedoch immer um das mehrfache überzogen und den Host Cities blieb nichts ausser enormen Schulden. Die Bündner Promotoren reden aber gar von Gewinn, der für Graubünden herauszuschauen soll. Wie das funktionieren soll ist fraglich, wenn noch nicht einmal die Finanzierung der oben genannten Kosten sichergestellt ist. Ob Bund oder Kanton dafür aufkommen spielt keine Rolle. Wir sind ja auch Teil des Bundes und schlussendlich sind es unsere Gelder, die eingesetzt werden.

Ist uns ein 3-wöchiger Anlass diese enorme Summe wert? Wollen wir das Risiko eingehen, den kommenden Generationen einen riesen Schuldenberg zu hinterlassen? Nein! **Und die einzige Möglichkeit dieses Risiko zu umgehen, ist ein NEIN zu Olympia am 3. März.**

In Vancouver budgetierte man z.B. allein für die Sicherheitskosten CHF 180 Millionen, **effektiv betrogen die Kosten dann aber CHF 900 Millionen**

Das IOC beteiligt sich in keiner Weise, die finanzielle Haftung liegt gemäss der Olympischen Charta allein bei der Host City und dem OK.

Die Promotoren sprechen zwar immer von «Graubünden 2022» (um das Wir-Gefühl zu fördern), doch am Schluss wird es dann «St. Moritz 2022» heissen – es kann nur eine Host City geben.

Weitere Infos unter:
www.olympia-nein.ch



JA zur Proporzinitiative

Kant. Abstimmung vom 3. März 2013

Für gerechte Wahlen!

Von Peter Peyer, Trin

Ein Komitee bestehend aus SVP, SP, Verda, GLP, EVP, EDU sowie Persönlichkeiten aus FDP, CVP und BDP fordern, dass Graubünden den Grossen Rat ab 2014 (spätestens 2018) nach dem Proporzverfahren wählen soll. Auch die Bündner Regierung befürwortet den Wechsel vom heutigen Majorzsystem zum Proporzsystem. Die Sitze werden dabei nach der Stärke der einzelnen Gruppierungen, die als Wahllisten antreten, verteilt. Neben Graubünden wählt nur noch Appenzell Innerrhoden nach dem veralteten Majorzsystem.

Die Anzahl zu vergebender Sitze (120) bleibt gleich. Gewählt wird jedoch nicht mehr in den Kreisen, die mit der überwältigenden Zustimmung zur Gebietsreform ohnehin aufgehoben werden, sondern auf der Bezirks- oder der neuen Regionsebene. Es werden keine Regionen benachteiligt. Zur Berechnung des Sitzanspruchs der einzelnen Wahlsprengel wird auf die Gesamtbevölkerungszahl abgestützt, gleich wie bei den Nationalratswahlen und gleich wie in fast allen Kantonen.

Gleiche Stimmkraft für alle!

Artikel 8 der Bundesverfassung garantiert, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Dies widerspiegelt sich in vielen Bereichen des Lebens, auch in der Wahlrechtsgleichheit. Der Bündner Majorz widerspricht jedoch

klar dem Prinzip der Stimmkraftgleichheit. Ein Stimmender im Kreis Avers erhält die 40fache Stimmkraft gegenüber einem Stimmenden in Chur und die 11fache Stimmkraft gegenüber einer Stimmenden im Kreis Ruis. Diese groben Verzerrungen der Stimmkraft finden also nicht nur zwischen Peripherie und Zentrum statt, sondern über den ganzen Kanton verteilt.



Peter Peyer,
Grossrat

Der Grosse Rat als echtes Abbild der Bevölkerung!

Dank der Mobilität, dank neuen Technologien, dank der Medien braucht es keine Tagesreise mit der Postkutsche oder mit dem Dampfzug mehr, um den Anliegen entfernter Talschaften in Chur Gehör zu verschaffen. Nicht mehr eine territoriale politische Vertretung der Bevölkerung ist heute das vorrangige Ziel, sondern ein breites Abbild aller Bevölkerungsgruppen und Interessenlagen im Parlament. Das heutige Majorzwahlssystem privilegiert aber einige Parteien: CVP und FDP besetzen im Grossen Rat 72 von 120 Sitzen, obwohl sie zusammen nur 28 Prozent Stimmenanteil erreichen! Der Grosse Rat kann deshalb nur mit Proporzsystem ein echtes Abbild der Bündner Vielfalt und der Bevölkerung sein. Und anders als von den Proporzgegnern behauptet, haben auch mit dem heutigen System nicht alle Talschaften einen Sitz im Grossen Rat garantiert: Das Samnaun beispielsweise, tatsächlich eine Randregion, ist im Grossen Rat nicht vertreten.



Für gerechte Wahlen, für Parteien und Köpfe!

Es wird eingewendet, Proporzwahlen seien reine Parteienwahlen. Das ist falsch. Das Schweizer Proporzwahlrecht ist eine geschickte Kombination aus Parteien- und Personenwahl. Die Wählenden können nicht nur eine Partei wählen, sondern auch die Personen gewichten. Die 4 Bündner Nationalräte und die Nationalrätin sind im Proporz gewählt, und niemand behauptet, sie seien Parteisolddaten ohne eigene Persönlichkeit und ohne eigenes Profil. Und ihre Verteilung

auf Graubünden ist ausgewogen. Lediglich einer stammt aus Chur, eine stammt aus dem Puschlav, die anderen kommen aus der Surselva, dem Prättigau und dem Schams. Und apropos Köpfe statt Parteien: Von den 120 Bündner Grossrätinnen und Grossräten ist ein Einziger parteilos...

Proporz: In der Schweiz seit 1919, in Graubünden hoffentlich bald. Herzlichen Dank für Ihr JA am 3. März 2013!

Das sagen prominente BündnerInnen zum Wahlsystem:

«Unser Parlament ist heute nicht eine möglichst genaue Karte der politischen Landschaft. Zumindest wäre dies nicht wegen unserem Wahlsystem sondern allenfalls trotz unserem Wahlsystem. Fest steht jedenfalls, dass Minderheiten mit unserem heutigen System kaum eine Chance haben, unabhängig vom Wohlwollen der Mehrheit im Parlament vertreten zu sein.»

Bundesrätin Eveline Widmer Schlumpf (BDP), am 19. Juni 2002 als damalige Regierungsrätin im Bündner Grossen Rat.

«Die Regierung ist der Auffassung, dass sich die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse verändert haben, und dass diesen Veränderungen auch im Wahlsystem Rechnung zu tragen ist. [...] Mit anderen Worten: Die Regierung ist der Auffassung, dass Sie, meine Damen und Herren, ob Sie es nun wollen oder nicht, um den Proporz nicht mehr lange herumkommen können.»

Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner, BDP, im Bündner Grossen Rat am 22. Oktober 2012.

«Der Bündner Status quo ist schlicht und einfach, aber klar verfassungswidrig.»

Staatsrechtsprofessor Andreas Auer, Zürich (geboren in Fideris): Scala, Bündner Jahrbuch 2010

«Majorz ist nicht ungerecht, Proporz ist aber mit Sicherheit immer gerechter.»

Grossrat Vincent Augustin, CVP, im Bündner Grossen Rat am 22. Oktober 2012.

Mehr zur Proporz-Initiative unter: www.proporz.ch



Ferienhaus „Capetta“ in Cresta (Avers)

Obere Wohnung mit Balkon

- 3 Zimmer mit 4 Betten

Untere Wohnung mit Garten

- 2 1/2 Zimmer mit 4 Betten

Infos/Fotos: 081 630 10 40/42
www.soliwerk.ch uc@soliwerk.ch

Sie geniessen Ferien - und unterstützen damit soziale Projekte!

Die Mietzinseinnahmen* gehen an die Stiftung SoliWerk, welche soziale Projekte sowie friedens-, entwicklungs- und sozialpolitische Anliegen unterstützt.

* 60 - 70 % des Mietzinses (nach Abzug von Reinigung, Nebenkosten und Unterhalt)

Angebot für Nebensaison: 20 % Rabatt

Auf 2000 - 2500 m im Juni den Frühling ein zweites Mal erleben oder den golden Herbst mit der Ruhe des Avers geniessen.

PS: Wenn dieses Inserat im concret am falschen Ort ist, weil BündnerInnen woanders in die Ferien gehen als im Avers
☞ bitte Inserat und Gemeintipp AVERS an Freunde weiterleiten

Spezial-Tourismusangebot für 3. März 2013

Mit 300 Mio (!) könnten wir in ganz Graubünden Kultur und sanften Tourismus fördern.

NEIN zu nur 14 Tagen „St. Moritz 2022“

SPESCHA LUZZI

STAMPA.CUMPOSIZIUN
25.7

www.speluz.ch

traditionell.brandheiss
gewandt.zackig
smart.reduziert
leidenschaftlich.direkt
beständig.lebhaft
herzlich.ehrlich
bewandert.stachlig
aktiv.diszipliniert
entwickelnd.beständig
frisch.schlüssig
wissbegierig.aussagend
interessiert.inhaltlich

kundig.formal
aufrichtig.enthusiastisch
motivierend.geheimnisvoll
fragend.direkt
nachhaltig.konzeptionell
ausgewogen.trendig
gepflegt.geschmeidig
fröhlich.offensiv
locker.schlagfertig
authentisch.durchdacht
qualifiziert.flexibel
vielschichtig.zuverlässig
emotional.schnell
sinnlich.gedankenreich
trendig.quirlig
substanziell.frech
spontan.aufmerksam
einhemmend.stachlig
logisch.spitzbübisch
anerkannt.provozierend
sozial.informativ
stampa.cumposiziun

Behördenreferendum beibehalten

Kant. Abstimmung vom 3. März 2013



Sandra Locher Benguerel,
Grossrätin

Volksrechte nicht unnötig einschränken

Von Sandra Locher Benguerel, Chur

Am 3. März stimmen wir über eine Teilrevision der Kantonsverfassung ab. Dabei geht es um die Aufhebung des ausserordentlichen Behördenreferendums.

Mit der Totalrevision der Kantonsverfassung wurden die Volksrechte in dem Sinne eingeschränkt, als dass nicht mehr grundsätzlich jede Gesetzesrevision einer Volksabstimmung bedarf. Hingegen wurde dem Grossen Rat in Art. 16 die Kompetenz eingeräumt, wichtige Vorlagen einer Volksabstimmung unterstellen zu können.

Bei verschiedenen Geschäften wurde der Einsatz dieses Instrumentes im Grossen Rat kontrovers diskutiert. Da der Rat nicht bereit war die NFA-Vorlage, welche in ihrer Wichtigkeit absolut unbestritten war, von sich aus einer Volksabstimmung zu unterbreiten, wurde in einem Auftrag die ersatzlose Streichung des Verfassungsartikels gefordert. Folglich war die Regierung beauftragt, eine entsprechende Vorlage mit der Streichung des Behördenreferendums dem Grossen Rat zu unterbreiten.

In der Oktobersession 2012 behandelte der Grosse Rat das Geschäft. Der Minderheitsantrag der SP für eine sinnvolle und praktikierbare Anwendung, wonach das Quorum auf 1/5 geändert werden soll, fand keine Unterstützung. Die SP Fraktion schloss sich dann der Mehrheit der

vorberatenden Kommission an, welche die Regelung gemäss heutigem Recht behalten wollte. Am Schluss war das Resultat denkbar knapp; mit dem Stichentscheid der Standespräsidentin stimmte der Grosse Rat mit 54:53 Stimmen der Aufhebung zu.

Somit hat der Grosse Rat freiwillig seine eigene Kompetenz abgeschafft, Vorlagen von sich aus einer Volksabstimmung zu unterbreiten. Dies ist demokratiepolitisch fragwürdig. Denn damit werden die Volksrechte unnötig eingeschränkt. In Zukunft könnten Gesetzesänderungen nur noch mittels Unterschriftensammlung zu einer Volksabstimmung gebracht werden. Dies würde zu Verzögerungen bei Vorlagen führen, da noch Referendumsfristen und Unterschriftensammlungen abgewartet werden müssten. Hauptargument für die Abschaffung war die Tatsache, dass seit Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung das Behördenreferendum noch nie angewendet worden ist. Brisanterweise lieferte der Grosse Rat eine Session später bei der Olympiadebatte selber den Tatbeweis, dass diese Bestimmung wichtig ist, indem er den Olympiakredit von 300 Millionen dem Volk unterbreiten will. Das Behördenreferendum kommt also mit der Vorlage des Olympiakredits am 3. März 2013 erstmals zur Anwendung, soll aber am selben Tag abgeschafft werden!

Die SP Graubünden hat einstimmig die NEIN-Parole beschlossen!



JA zum Raumplanungsgesetz

Eidg. Abstimmung vom 3. März 2013

Die Zersiedelung eindämmen!

Von Silva Semadeni, Passugg-Araschgen

Am 3. März 2013 stimmen wir über die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) ab. Dies, weil der Gewerbeverband das Referendum ergriffen hat. Die fortschrittliche Mehrheit im Parlament hat 2012 griffigere Instrumente zur Begrenzung der Zersiedelung durchgesetzt. Sie hat erkannt, dass die Art und Weise wie mit dem kostbaren Gut Boden umgegangen wird, weder nachhaltig noch haushälterisch ist, wie es die Bundesverfassung fordert. Die Bodenverschwendung durch zu grosse Bauzonen führt zur Zersiedelung der Schweiz, am sichtbarsten im Mittelland, wo man von einem «Siedlungsbrei» spricht, mit intensivem Verkehrsaufkommen und hohen Infrastrukturkosten für Kantone und Gemeinden. Von der Zersiedelung nicht verschont sind auch die touristischen Zentren im Berggebiet. Die Vielfalt unserer Kulturlandschaften, gutes Landwirtschaftsland, wertvolle Lebensräume für Flora und Fauna sind die Opfer dieser Entwicklung. Eine breite Allianz – inkl. SP und MieterInnenverband – empfiehlt, den strengeren Bestimmungen im RPG zuzustimmen.

Die Revision des RPG ist nicht ohne Druck vom Volk entstanden. Um die Zersiedelung zu bremsen haben 2007 Umwelt- und Bauernorganisationen, unterstützt von der SP, die «Landschaftsinitiative» eingereicht. Ende

Juni 2012 konnte sie bedingt zurückgezogen werden. Nach zweieinhalb Jahren parlamentarischer Behandlung liegt mit dem revidierten RPG ein indirekter Gegenvorschlag auf dem Tisch, mit dem das Übel der Zersiedelung der Schweiz eingedämmt werden kann. Überdimensionierte Bauzonen müssen verkleinert werden. Bei Neueinzonungen erhält die öffentliche Hand mindestens 20% der dabei entstehenden Wertvermehrung des Bodens – durch Planungsentscheide der Gemeinden entstehen jährlich etwa 2 Mrd. Franken Mehrwert – um damit Auszonungen zu finanzieren. Die kantonalen Richtpläne müssen im Bereich Siedlung erhöhten Anforderungen entsprechen. Die verdichtete Bauweise wird gefördert. Das Wohnen wird nicht verteuert, weil Baulandreserven für die nächsten 15 Jahre den Bedarf abdecken. Verdichtetes Bauen und Massnahmen gegen die Baulandhortung führen eher zu günstigeren Wohnpreisen. Es sind Fristen und Sanktionen (Einzonungsstopp) vorgesehen.

Unser Kanton hat insgesamt rechtskonforme Bauzonen, darum befürwortet auch die Bündner Regierung die Revision. Die SP Graubünden trägt die erreichten Verbesserungen im RPG klar mit, denn wir wissen, dass sich auch die künftigen Generationen Lebensqualität und Entwicklungsperspektiven wünschen. Die Umsetzung der raumplanerischen Grundsätze muss endlich gelingen.



Silva Semadeni,
Nationalrätin

Die SP Graubünden hat einstimmig die **JA-Parole** gefasst.

JA zum Raumplanungsgesetz

Eidg. Abstimmung vom 3. März 2013



Jacqueline von Arx,
wissenschaftliche
Mitarbeiterin Pro Natura
Graubünden

Kontaktdaten:

jacqueline.vonarx@pro-
natura.ch
081 252 40 39
Ottostr. 6, 7000 Chur
www.ja-zum-raumpla-
nungsgesetz.ch

Bündner JA Komitee Raumplanung

Von Jacqueline von Arx, Chur

Im Dezember ist ein kantonales JA Komitee für das revidierte eidgenössische Raumplanungsgesetz gegründet worden. Das Bündner JA Komitee vereint Planer und Architekten, MieterInnen, Landwirte, Natur- und Heimatschutzorganisationen sowie Politiker von links bis rechts. Auch die SP unterstützt das Bündner JA Komitee. Als Präsident konnte Hansjörg Hassler (BDP) gewonnen werden, die Co-Präsidiolen liegen bei Silva Semadeni (SP) und Josias F. Gasser (GLP). Koordiniert wird das nationale JA Komitee von Pro Natura und in den Kantonen von den Pro Natura Sektionen. Dies begründet sich durch die aktive Rolle von Pro Natura in der Trägerschaft der Landschaftsinitiative. Diese wurde zugunsten des indirekten Gegenvorschlages bedingt zurückgezogen, weshalb die Initianten jetzt klar auf ein JA am 3. März hinwirken. Bei Annahme der Revision ist der Rückzug der Landschaftsinitiative definitiv.

Mit dem seit 1980 geltenden Raumplanungsgesetz ist es bis anhin nicht ausreichend gelungen, die Siedlungen im gewünschten Masse und geordnet zu entwickeln. Da bildet auch der Kanton Graubünden keine Ausnahme. Baulandhortung, Bodenspekulation, grosszügige touristische Bauten und Anlagen, eine zunehmende Anzahl von Erschliessungsstras-

sen und einander konkurrierende Gemeinden fordern Ihren Tribut. Die Landschaft ist jedoch das grösste wirtschaftliche Potenzial für den Kanton Graubünden und dabei in seiner Ausprägung nicht vermehrbar. Nebst dem Verlust von Erholungsflächen in städtischen und touristischen Räumen, schwinden auch im ländlichen Raum die, ohnehin in geringer Zahl vorhandenen, ackerbaulich nutzbaren Flächen der Talböden als Folge der Zersiedelung.



Im Kanton Graubünden zeigt sich die Situation keineswegs derart dramatisch wie im Kanton Wallis. Es müssen keine übermassigen Bauzonenreduktionen befürchtet werden, die grossen Anpassungen sind in der Vergangenheit bereits erfolgt. Neue, wirksamere Planungsinstrumente zur Bekämpfung der Zersiedelung sind v.a. in Regionen mit hohem Überbauungsgrad, also den städtischen Gebieten, z.B. im Churer Rheintal oder in den bekannten Tourismusregionen dringend erforderlich.



Abzockerinitiative Contra

Eidg. Abstimmung vom 3. März 2013

Aktionärsdemokratie als sozialdemokratisches Anliegen?

Lukas Horrer, Chur

Die SP GR hat Stimmfreigabe zur Minder-Initiative beschlossen. Diese enthält ein richtiges Anliegen, z.B. das strikte Verbot von goldenen Fallschirmen. In der Summe vermag sie aber aus sozialdemokratischer Sicht nicht zu überzeugen. Die eigentliche Triebfeder hinter der Minder-Initiative ist nicht die nachhaltige Bekämpfung der Abzockerei in den Teppichetagen, sondern plumper Shareholder-Value. So preist die Initiative denn auch die Aktionärsdemokratie als Heilmittel um der Abzockerei einen Riegel zu schieben. Eine Erhebung von Konsultativabstimmungen bei den grössten börsenkotierten Schweizer Unternehmungen der Anlagestiftung Ethos zeigt auf, dass das Aktionariat die überrissenen Boni und Saläre in der Vergangenheit nicht eingeschränkt hätte. Mitten in der Finanzkrise wurden die Entschädigungen bei den Grossbanken vom Aktionariat gebilligt. Im Grunde ist auch der Gedanke, dass das Aktionariat, welches mittlerweile selbst mehrheitlich an kurzfristigen Gewinnen interessiert ist, nun die Manager zügeln soll, absurd. WOZ-Journalist Yves Wegehlin formuliert treffend: «Wenn sich AktionärInnen in die Geschäfte der ManagerInnen einmischen, ist das etwa so, wie wenn ein König seinen Ministern auf die Finger schaut.»

Die Minder-Initiative fordert die Ab-

schaffung des Depot-/Organstimmrechts. Das bedeutet, dass es Banken untersagt ist, anstelle von ihren Kunden abzustimmen und dem Verwaltungsrat einer Unternehmung verboten ist, AktionärInnen zu vertreten. Damit würden laut einer Untersuchung der Uni Zürich rund 25% aller Stimmen an einer GV wegfallen. Die Minder-Initiative erleichtert damit das Spiel von Anlagevehikeln wie Hedge-Funds, das neben kurzfristigen Gewinnen auch aus feindlichen Übernahmen besteht. Könnte man bei der Aktionärsdemokratie noch argumentieren sie nützte nichts, so schade sie auch nicht, ist das hier nicht mehr der Fall. Wir erleichtern ganz konkret und unter dem Titel «Bekämpfung der Abzockerei» Hedge-Funds ihr Spiel.

Letztlich ist es auch nicht so, dass durch die überrissenen Boni das Aktionariat «abgezockt» wird, sondern die Mitarbeitenden. Um der Abzockerei wirklich einen Riegel zu schieben sollten wir auf «Gerichte» unserer Küche setzen: Die 1:12 Initiative. Diskursiv nützen wir dieser Initiative aber wenig, wenn wir als «Vorspeise» die plumpen Shareholder-Value servieren. Wer sozialdemokratisch und staatstragend zugleich legiferiert, der schreibt nicht den Shareholder-Value in unsere Bundesverfassung. Das wäre weder sonderlich «links», noch «staatstragend». Es zeugt primär von etwas: Falscher Analyse.



Lukas Horrer, Mitglied
Geschäftsleitung SP GR

Abzockerinitiative Pro

Eidg. Abstimmung vom 3. März 2013



Hanna Bay,
Co-Präsidentin JUSO GR

Der Parteivorstand beschloss nach ausführlicher Diskussion **Stimmfreigabe** zur Abzockerinitiative. Deshalb werden hier im concret sowohl die Pro- als auch die Contra-Position erläutert.

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz beschloss bei einzelnen Gegenstimmen klar die JA-Parole.

Sprungbrett für eine sozialere Schweiz

Von Hanna Bay, Schiers

Es ist eine lange Geschichte, jene der Abzocker-Initiative. Drei Jahre lang schob die bürgerliche Minderheit – gesteuert von der Economiesuisse – die Initiative im Parlament hin und her, trickste, verschleppte und verwässerte sie, verhinderte einen griffigen Gegenvorschlag und bastelte einen indirekten Gegenvorschlag. Am 3. März geschieht nun das, was Economiesuisse, SVP, GLP und FDP unbedingt verhindern wollten: Die Initiative kommt vors Volk.

Für die SP ist es eine nicht ganz einfache Situation. Wenn man die Befürworter und Gegner der Initiative beachtet, scheint es eine Wahl zwischen Pest und Cholera zu sein. Auf der einen Seite steht Minder, Mitglied der SVP-Ständeratsfraktion und somit sicherlich kein Linker. Auf der gegnerischen Seite der Initiative befinden sich die Bürgerlichen und die Economiesuisse.

Ich mache keinen Hehl draus: Die Initiative wird das Problem der Abzockerei nicht lösen. Vielleicht sinken ein paar exorbitante Boni und Abzocker-Löhne, mehr dürfte aber kaum geschehen. Dennoch gibt es Gründe, wieso die Initiative zu unterstützen ist. Sie hat symbolische Wucht und ebnet den Boden für zukünftige Projekte, welche der unsozialen Schweiz wirklich an den Kragen gehen. Wenn die Initiative angenommen wird, ist das

ein klares Zeichen dafür, dass die Politik den Banken und Konzernen eben doch Leitplanken aufzwingen kann. Und das ist genau das, was die Economiesuisse derart fürchtet. Das ist der Grund, wieso der Wirtschaftsdachverband eine 8 Millionen-Kampagne auffährt für etwas, was am System nichts grundlegend ändern wird. Wenn die Schweizer Stimmbevölkerung die Initiative am 3. März annimmt, so ist es ein klarer Ausdruck über den Ärger der immer ungerechteren Schweiz, in der einige wenige immer reicher werden. Es wäre ein klares Signal gegen die Abzockerei. Das wär ein Sprungbrett für unsere 1:12-Initiative. Wird die Abzocker-Initiative aber abgelehnt, so wird dies als Freipass für die Abzockerei und gegen griffige Massnahmen interpretiert. Und das wiederum schmälert die Chancen unserer künftigen Initiativen für eine sozialere Schweiz.

Weiter darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass bei einem Nein am 3. März der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments in Kraft tritt. Dieser bietet den Top-Verdienern zahlreiche Schlupflöcher um weiterhin munter abzuzocken. Beispielsweise wären «Goldene Fallschirme» weiterhin möglich.

Deswegen stimme ich am 3. März JA, um die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.



JA zum Artikel über die Familienpolitik

Eidg. Abstimmung vom 3. März 2013

Tagkräftige Unterstützung für Familien und Kinder

Von Bea Heim, Starrkirch-Will (AG)

Viele Eltern, ich auch, haben einen Traum: Die tatsächliche Anerkennung und Wertschätzung der Familie als Pfeiler unserer Gesellschaft mit dem Wohl des Kindes als das zentrale Element. Das JA zum Familienartikel, über den wir am 3. März abstimmen, ist die Bewährungsprobe für alle politischen Kräfte, zu beweisen, dass sie es ernst meinen mit dem Lob der Familie als Keimzelle der sozialen und solidarischen Gesellschaft. «Kinder sind unsere Zukunft!» Das soll nicht länger ein netter Spruch sein, sondern zu einer umfassenden Familienpolitik bei Bund und Kantonen führen.

Die Familie ist seit langem im Wandel. Die Verfassung aber wird weder der Bedeutung der Familie noch deren gesellschaftlichen Veränderungen gerecht. Unser Ja am 3. März schafft die Grundlage für eine zeitgemässe Familienpolitik. Sie stellt die Förderung der Chancengleichheit der Kinder ins Zentrum sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Kindern soll es gut gehen, sie sollen in ihrer Entwicklung individuell und sozial bestmöglich gestärkt und unterstützt werden. Dabei spielt die Anerkennung der Familien in all ihren Formen und die Unterstützung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eine grosse Rolle. In vielen Familien sind heute beide Elternteile zusätzlich zur Erfüllung der Familienpflichten im

Beruf aktiv. Nicht selten auch darum, weil sie auf zwei Einkommen angewiesen sind. Die Politik muss dieser Realität Rechnung tragen und familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen.

Darum ist ein Ja zum neuen Verfassungsartikel so wichtig, weil er festhält:

1. Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung.
2. Die Kantone sorgen für ein angemessenes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen
3. Reichen die Bestrebungen der Kantone nicht aus, so wird der Bund aktiv und legt die Grundsätze über die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit/Ausbildung fest.

Wirtschaft und Politik sind sich in weiten Teilen einig: Ein ausreichendes und gutes Angebot an Kindertagesstätten und Tagesstrukturen gehört zur Grundinfrastruktur einer modernen Gesellschaft wie Strassen, Schulen oder Pflegeheime. Zwei Ziele stehen im Zentrum: Erstens sollen die Kinder damit besser in ihrer Entwicklung unterstützt werden. Zweitens soll es den Eltern besser möglich sein, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Aus diesen Gründen soll der Auftrag, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, in die Bundesverfassung geschrieben werden.



Bea Heim,
Nationalrätin SP

Die SP Graubünden
fasste einstimmig
die **JA-Parole**.

Stromeffizienz-Initiative



Beat Deplazes, Vorstandsmitglied WWF GR

Die Stromeffizienz wurde am 28. August 2012 von einer breiten Trägerschaft aus Politik, Wirtschaft und Umweltorganisationen lanciert. Ein Unterschriftenbogen ist dieser Ausgabe beigefügt. Unterschreiben auch Sie und senden Sie den Bogen gleich zurück!

Für eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung

Von Beat Deplazes, Chur

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung (Stromeffizienz-Initiative)» verlangt, dass der Stromverbrauch der Schweiz bis 2035 auf dem Niveau von 2011 stabilisiert wird.

Gegen 40% des Stroms verpufft heute nutzlos, weil veraltete, ineffiziente Geräte im Einsatz sind. Oder weil Geräte laufen, ohne dass sie gebraucht werden – von der Kaffeemaschine bis zum Rechenzentrum. Gleichzeitig steigt der Stromverbrauch. Gerade in der dicht besiedelten Schweiz mit ihren vielen Nutzungskonflikten kann die Stromproduktion jedoch nicht beliebig erhöht werden. Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, müssen wir diese Verschwendung stark bremsen. Das hat nur Vorteile für die Schweiz, ihre Menschen, ihre Wirtschaft und ihre Umwelt.

Gut für die Wirtschaft: Strom zu sparen ist meist günstiger als zusätzlichen Strom zu produzieren. Ein simples Beispiel: Wer eine einzige starke Glühbirne durch LED ersetzt, kann über deren Lebensdauer mehrere Hundert Franken Stromkosten sparen. Weniger Strom brauchen heisst, weniger Strom bezahlen. Unter dem Strich fährt die Schweiz mit einer nachhaltigen, auf Effizienz ausgerichteten Stromversorgung darum wirtschaftlich deutlich günstiger als

mit neuen AKW oder Gaskraftwerken. Gut für die Versorgungssicherheit: Energieeffizienz bedeutet tieferen Energieverbrauch. Energie, die nicht gebraucht wird, muss nicht importiert werden und Kraftwerkspannen können ihr nichts anhaben.

Gut für die Umwelt: Stromeffizienz macht AKW und klimaschädliche Gaskraftwerke überflüssig, aber auch Wasserkraftwerke, die den Fischen das Wasser abgraben.

Wie funktioniert? Kalifornien, Japan oder Basel-Stadt machen's vor: Es gibt viele teils sehr erfolgreiche Instrumente, mit denen sich die Stromverschwendung stoppen lässt. Die Auswahl reicht von Verbrauchsvorschriften über Information bis zu einer Stromlenkungsabgabe, die effiziente Verbraucher finanziell belohnt. Bund und Kantone sollen die optimalen Instrumente wählen können – darum setzt die Initiative nur ein Ziel und gibt keine Instrumente vor.

Warum verlangt die Initiative «nur» eine Stabilisierung? Wärmepumpen statt Ölheizungen, Elektroautos statt Benzinmotoren: Solche ökologisch sinnvollen Anwendungen brauchen zusätzlichen Strom. Auch das Bevölkerungswachstum lässt den Stromverbrauch steigen. Darum verlangt die Initiative nur eine Stabilisierung des heutigen Verbrauchs. Würden wir nichts tun, würde dieser Verbrauch bis 2035 um ein Viertel ansteigen.



JUSO GR

Die Juso hat Geburtstag

Von Severin Bischof, Davos

Der 20. Februar 2003 war ein historischer Tag. An diesem Tag wurde nämlich die Juso Graubünden gegründet! Am gleichen Tag verstarb aber auch der deutsche Liedermacher Ulrich Roski. Roski war bekannt für seine sozialkritischen und ironischen Texte. Und so ist damals wohl so manchem SPler die Liedzeile Ulrich Roskis durch den Kopf gegangen:

**«Ja ihr sollt euch frei entwickeln,
und sollt tun was euch gefällt
Fühlt euch wohl in eurer Haut –
Aber bitte nicht zu laut!»**

2003 war nicht nur die JUSO GR noch völlig unbekannt, auch von Social-Media hatte noch kein Mensch eine Ahnung. Dafür war Christoph Blocher gerade auf dem Zenit und wurde in den Bundesrat gewählt. Heute ist einiges anders: Für Blocher interessiert sich definitiv niemand mehr – nicht einmal mehr seine eigene SVP Zürich (siehe Abzockerinitiative). Dafür ist es nichts Ungewöhnliches, wenn man alle paar Minuten sein Facebook- und Twitter-Profil aktualisiert.

Die Juso ist inzwischen initiativfähig geworden, wie die Ethik-Initiative beweist. Diese hat bewirkt, dass in den Bündner Schulen heute Ethikunterricht auf dem Stundenplan steht. Die Juso ist auch bei Wahlen erfolgreich und ist heute nicht nur im Grossen Rat, sondern auch in den Parlamenten in Chur, im Oberengadin, in Davos

und seit neuestem in Domat/Ems vertreten. Die Juso arbeitet ebenfalls aktiv und engagiert in den Gremien der SP mit und setzt sich für eine starke und erfolgreiche Sozialdemokratie ein. Die Juso hat ihren festen Platz in der Bündner Polit-Landschaft und wird auch ernst genommen.

Kurz und bündig: Die Juso verändert Graubünden und die Juso ist die aktivste und erfolgreichste Jungpartei!

10 Jahre Engagement. 10 Jahre Politik mit Vollgas. Vielleicht sind wir manchmal übers Ziel hinausgeschossen und vielleicht waren wir manchmal zu laut. Aber der Blick war immer vorwärts gerichtet, hin zu mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität und mehr Freiheit. Das Versprechen gilt auch für die nächsten 10 Jahre: Egal ob im Parlament, auf der Strasse oder auf der Skipiste; ob an Podiumsdiskussionen, in der Bahnstufunterführung oder vor dem Supermarkt; ob in der Kulturbar, dem Punkschuppen oder in der Eckkneipe; ob mit Unterschriftenbogen, Abstimmungsflyer oder Wahlkampfbus; ob an heissen Sommerabenden oder eisigen Januartagen; ob an der WEF-Demo, am Churer Fest oder bei der Bilderbergkonferenz; ganz egal wo und egal wann, eines ist sicher: Wir werden für ein gerechteres Graubünden kämpfen und wir ändern was uns stört! Das war in den letzten zehn Jahren so und das wird auch so bleiben.



Severin Bischof,
Sekretär JUSO GR

Leute: Enea Baselgia

Gemeinderat Domat/Ems



Enea Baselgia

Jahrgang 1992

ledig

Student der Betriebsökonomie

Politische/öffentliche Ämter:

Gemeinderat Domat/Ems,
Vorstand JUSO GR

Hobbies:

Reisen, Politik und
Fussball

Concret: Zuerst einmal herzliche Gratulation zu deiner Wahl in den Gemeinderat von Domat/Ems! Wie hast du den Wahlkampf erlebt?

Besten Dank. Ich muss festhalten, dass der Wahlkampf in Domat/Ems nie volle Fahrt aufgenommen hat. Das Interesse an der politischen Zukunft war in der Emser Bevölkerung mässig. Die SP hat sicherlich einige gute Akzente mit Aktionen auf der Strasse gesetzt. Für die Zukunft muss es aber unser Anspruch sein, die Leute wieder vermehrt an die Urne zu bewegen und kontroverse Debatten zu initiieren.

Was liegt dir in Deiner Gemeinde am Herzen? Welche Themen interessieren dich besonders?

Domat/Ems darf als Industrie-Gemeinde und trotz seiner Nähe zu Chur nicht an Lebensqualität verlieren. Ich schätze einen lebendigen Dorfkern, sowie Kulturveranstaltungen und unser breit gefächertes Angebot an Vereinen, welche eine aktive Partizipation am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Da mir die Bildungspolitik sehr am Herzen liegt, werde ich mich in diesem Bereich stark engagieren. Bereits in meiner zweiten Sitzung bespricht der Emser Gemeinderat die Umsetzung des neuen Schulgesetzes. Zudem, das habe ich im Wahlkampf auch stets betont, möchte ich auch die Anliegen der jüngeren Generation vertreten und etwas für die Emser Jugendlichen tun.

Hast du als sehr junger Gemeinderat die Geduld, die es braucht, wenn man die

eigenen Anträge und Vorstösse nicht sofort durchbringt?

Die CVP verfügt über die absolute Mehrheit im Parlament von Domat/Ems, deswegen muss ich mir diese Eigenschaft wohl oder übel noch antrainieren. Als jüngster Gemeinderat will ich mich aber selbstverständlich nicht ausruhen, sondern den «Alteingesessenen» immer wieder «einheizen».

Dein neues politisches Amt wird dich zeitlich beanspruchen. Wo machst du Abstriche?

Ich hoffe, dass ich keine grossen Abstriche machen muss. Meine neue Aufgabe wird vielleicht dazu führen, dass ich in der Juso den «Neuen» Platz machen kann. Selbstverständlich bleibe ich aber der Juso und der SP in verschiedenen Belangen auch kantonal erhalten.

Am 3. März stehen sehr wichtige Entschiede für den Kanton Graubünden an. Unterstützt du den Abstimmungskampf der SP Graubünden auch aktiv?

Ja, mache ich – ich habe die spannende Möglichkeit im NEIN-Komitee zu den Olympischen Winterspielen St. Moritz 2022 mitzuarbeiten.

Was denkst du, welche der Vorlagen vom 3. März hat am meisten Auswirkungen auf die Gemeinde Domat/Ems?

Das Raumplanungsgesetz; dann wird die wichtige Mehrwertabschöpfung, welche die Emser Stimmbevölkerung 2011 noch abgelehnt hat, per Bundesgesetz trotzdem eingeführt.

Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 3.3.2013

Kant. Vorlagen:

Proporzinitiative	JA
Olympische Winterspiele	
Graubünden 2022	NEIN
Aufhebung	
Behördenreferendum	NEIN

Eidg. Vorlagen:

Raumplanungsgesetz	JA
Verfassungsartikel	
Familienpolitik	JA
Abzockerinitiative	Stimmfreigabe

Parteitag SP GR

Der diesjährige Parteitag der SP Graubünden findet am 23. März 2013 in Arosa statt. Reserviert euch dieses Datum! Es wäre schön, wenn ihr dabei wärt. Die Einladungen und weitere Details folgen. Als Delegierte werdet ihr euch dann wie üblich bei euren Sektionen anmelden können.



Kandidaturen

In der Geschäftsleitung wird auf den Parteitag ein Platz frei. Wir würden uns freuen, wenn wir diesen neu besetzen könnten. Vorzugsweise mit einer Frau. Es soll jedoch angemerkt sein, dass sowieso jedes Parteimitglied für jedes Gremium kandidieren kann, auch wenn kein Platz frei wird.

Wirtschaftsförderungsgesetz

Die SP GR weist den Entwurf zur Totalrevision des Wirtschaftsförderungsgesetzes zurück. Verantwortungsbewusste und zielgerichtete Wirtschaftsförderung bedingt aus Sicht der SP die Entwicklung einer klaren Strategie. Die Regierung verfügt aber offensichtlich über keine klare Vorstellung zur zukünftigen Ausrichtung der Bündner Volkswirtschaft. Positiv wird die Verankerung einer aktiven Bodenpolitik des Kantons gewertet.

Walti Näf, Zeichner aus Chur, kämpfte mit seinen bissigen Karikaturen schon 1980 gegen Olympia... Wie die abgedroschene Argumentation der Promotoren hat sich auch das nicht geändert.

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

1/2013 Februar

www.sp-gr.ch

sekretariat@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Tamara Gianera,
Stefan Grass, Simone Jakob,
Silvia Modalek
Versand: Peter Montigel, Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Spescha Luzzi
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 2/2013:
26. April 2013